

Bezugspreis:
Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,00 M.
frei ins Haus, wozu zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 1,00 M., einjährig 10,00 M.
Halbjährlich 5,00 M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Preußen, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Österreich,
Ungarn und Luxemburg 3,00 M. für
das übrige Ausland 3,00 M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien, Estland, Däne-
mark, Holland, Dänemark, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Bild“, der Unter-
haltungsbeilage „Himmel“ und der
Beilage „Siedlung und Aienwanderer“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphisch: Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Mittwoch, den 25. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Anzeigenzeile
kostet 2,00 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1,- M. Stellengröße
und Schriftanzahl sind das erste
Wort 1,- M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Adressen siehe 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigensteuer.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Größen
von 2 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Frankreich gegen Polen.

Paris, 25. Mai. (I.L.) Französische Nachrichtenstellen melden: Im gleichen Augenblick, als Frankreich eine diplomatische Aktion bei der deutschen Regierung unternahm, hat sie durch den fran- zösischen Botschafter in Warschau dringende Schritte bei der polnischen Regierung veranlaßt. Polen ist aufgefordert worden, dieselben Maßnahmen zu treffen wie diejenigen, die von Deutschland verlangt worden sind. In den letzten Tagen haben zwei polnische Heberfälle in Oberschlesien stattgefunden, der eine bei Stedwih, der andere bei Landsberg; das beweist, daß die polnischen Grenzen nicht geschlossen sind. Polen ist deshalb aufgefordert worden, Maßnahmen zu treffen, um die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern, die Grenze zu schließen und die Banden aufzulösen, deren Bildung die Verantwortlichkeit der polnischen Regie- rung in erster Linie bloßstellt.

Englands Haltung in Oberschlesien.

Paris, 25. Mai. (E.E.) Der Londoner Berichterstatter des „Morning Post“ legt die Ansicht dar, die die englische Regierung in der oberschlesischen Frage vertritt. Er erklärt, daß man die Haltung Englands wohl als den Beginn einer Entspannung zwischen Frank- reich und England ansehen könne. In Frankreich aber darf man nicht übersehen, daß die englische Haltung durch zwei Gründe be- stimmt ist, die aber in französischen und polnischen Ohren keines- wegs angenehme Klang besitzen dürften. England habe absolut kein Vertrauen zu der polnischen Verwaltung und Finanzgebarung und glaube nicht an ein starkes und lebensfähiges Polen. Die englische Politik bestrebe sich, durch ein starkes Mitteleuropas ein Gegengewicht für Rußland zu schaffen. Man denke aber dabei nicht so sehr an das Rußland von heute, als vielmehr an das der Zukunft. Englands Kontinental- politik rechnet daher nicht mit Polen, sondern wünscht ein starkes Deutschland, das stark und mächtig genug sein sollte, allerdings nicht so sehr als 1914, um Rußland ein Gegengewicht bieten zu können. Nehalich Gedanken habe Churchill, der übrigens zum Lord of Appeal ernannt worden ist, wiederholt geäußert, und sie erklären das Eintreten Englands für eine Inzierung des Industrie- gebietes von Oberschlesien an Deutschland.

Der Kampf um die Grenzlinie.

London, 25. Mai. (W.T.B.) In dem diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, die Antwortnote der deut- schen Regierung in der oberschlesischen Frage werde in britischen Kreisen nicht nur als sehr geschickt, sondern auch als in den meisten Fällen ungewöhnlich überzeugend angesehen. Wie es in dem Bericht weiter heißt, sei eine Meinung, wonach die von dem Grafen Sforza vorgeschlagene Grenz- linie in Oberschlesien den Polen mehr entgegen- komme als die vom General de Marini vorgeschlagene Linie, durch Bemerkungen bestätigt worden, die der italienische Minister des Auswärtigen vor kurzem gegenüber dem britischen Botschafter in Rom machte.

London, 25. Mai. (W.T.B.) Der Vorschlagsausschuß des inter- nationalen Schiedsgerichts in London hat eine Ent- scheidung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volks- abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ergeben habe, da die Abtretung von Gebieten, die seit Jahrhunderten deutsch gewesen seien, an Polen infolge einzelner Mehrheiten in gewissen Gemeinden verkehrt und voller Gefahren für die zu- künftige Wohlfahrt Europas sein würde. Der Ausschuss erklärt, die Zeit sei gekommen, wo alle aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen dem Völkerbund überwiesen werden müßten.

Englisch-französische Auseinandersetzung.

London, 25. Mai. (E.E.) Gestern nachmittags stattete der fran- zösische Botschafter in London Lord Curzon einen Besuch ab, um diesem Kommentare zur französischen Note, die an das „Foreign office“ gerichtet war, zu geben. Darin hieß es, daß die englische Regierung ihren Botschafter in Berlin Lord D'Abernon beauf- tragen möge, daß dieser gemeinsam mit dem französischen Charles Laurant die deutsche Regierung veranlasse, die Grenze gegen Oberschlesien hermetisch zu verschließen und die Reichs- bank zu veranlassen, das Geld und die nötigen Lebens- mittel nach Oberschlesien zu senden. Es gelang dem französischen Botschafter aber nicht, diese Verlangen bei Lord Curzon durchzusetzen. England sei nicht geneigt, einen derartigen Schritt gemeinsam mit Frankreich in Berlin zu unternehmen und überließ es dem Vertreter Frankreichs, dies allein zu tun. Lord Curzon erklärte dann noch ausdrücklich dem französischen Bot- schafter, daß der englische Botschafter in Berlin Lord D'Abernon früher gehandelt habe, als die Franzosen es verlangten. Die eng- lische Regierung habe auch ferner alles Erforderliche aufzu- bracht, um die Lage in Oberschlesien zu klären. Der französische Bot- schafter Saint-Aulaire beabsichtigt heute neuerlich Lord Curzon einen Be- such abzugeben.

Korsanty regiert weiter.

Trotz seines Versprechens, den Rückzug anzutreten und den Kampf gegen die Deutschen einzustellen, bleibt Korsanty auch weiter der offizielle Leiter der Gewaltaktion gegen die deutschen Städte des oberschlesischen Industriezentrums. In einem Aufruf an die deutschen Stadteinwohner fordert er zu der Ueber- gabe der Städte an die Insurgenten auf. Der bewaffnete Widerstand des Selbstschutzes werde Oberschlesien in einen Trümmerhaufen verwandeln. Auch dieser Aufruf zeigt, daß es der Interalliierten Kommission zurzeit noch nicht ge- lükt ist, Herr der Lage zu werden. Es darf also nicht wunder nehmen, wenn die deutschen Schutzverbände der kritischen Zeit, so gut es geht, sich ihrer Haut wehren.

An der tschechisch-schlesischen Grenze z. B. ist es nach Berichten des „Neuen Wiener Tageblatt“ zu größeren Zusam- menstößen gekommen, bei denen eine Anzahl Kampfteilhaber auf tschechisches Gebiet abgedrängt wurde und dort entworfen werden mußte. Das sind unliebsame Zwischenfälle, die der Entente ihre Pflicht, für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu sorgen, von neuem vor Augen führen sollte.

In amtlichen englischen Kreisen soll man sehr erregt über die barbarische Kriegsführung der In- surgenten sein. Man weist besonders darauf hin, daß die Auf- rührer Kattowitz von der Wasserzufuhr abge- schnitten haben. Es wäre gut, wenn dieser Enttäuschung endlich die rettende Tat folgte.

Berlin, 25. Mai. (W.T.B.) Eine Instandsetzung sämtlicher seit zwei Jahren stillstehender Linie Kreuzburg-Ratibor wieder gestörten Fernsprech- und Telegraphenleitungen war bisher nicht möglich, da die Linien und Hauptstützungen im Feuerbereich der Aufständischen liegen und die Instandsetzungs- arbeiten auch unter militärischem Schutz der Interalliierten Kom- mission ohne Lebensgefahr nicht ausführbar sind.

Der Chef der Reichskanzlei.

Der Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei hat bei der Neubildung des Kabinetts seinen Posten zur Verfügung gestellt und ein einstweilige Vernehmung in den Ruhestand ge- geben. Der Reichspräsident hat diesem Ersuchen nunmehr ent- sprochen. Mit der Führung der Geschäfte ist bis auf weiteres der Geheimrat Brecht beauftragt worden.

Nach einer U.L.-Nachricht wird der neue Minister des Auswärtigen Dr. Rosen auf seinem Gesandtenposten in Haag durch den bisherigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Haniel ersetzt werden.

Der Kampf um die Einwohnerwehren.

München, 25. Mai. (I.L.) Der gestern abend abgehaltene Ministerrat über die Einwohnerwehrfrage hat sich bis in die späten Abendstunden hingezogen und, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu berichten wissen, wohl zu Resultaten, aber noch nicht zu endgültigen Beschlüssen geführt. Heute vor- mittag finden zunächst mit den Parteien Besprechungen statt, auch mit der Reichsregierung wird noch ein Meinungs- austausch gepflogen. Die Entscheidung und Lösung der ganzen Ange- legenheit ist in den allerersten Tagen zu erwarten.

In Uebereinstimmung mit den eigenen Informationen aus zu- verlässiger Quelle berichtet die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, daß man in Regierungskreisen das feste Vertrauen habe, daß in der Einwohnerwehrfrage im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine Lösung gefunden wird, die der gegenwärtigen Lage und den Interessen des Landes gerecht wird. Die „München-Neuesten Nachrichten“ teilt mit, daß die Fortsetzung der Ministerratbesprechung schon für Freitag in Aussicht genommen ist.

England mahnt Rahr.

London, 24. Mai. (W.T.B.) Dem Reuterschen Bureau wird mit- geteilt: Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaflnungsentschlüsse erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung seitens der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hin- sicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Wie W.T.B. meldet, beantragte der Staatsanwalt im ersten Kriegsverbrecherprozess vor dem Reichsgericht Leipzig gegen den Angeklagten Heynen eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Ge- fängnis. Das Urteil ist in den Nachmittagsstunden zu er- warten.

Die amerikanische Friedensresolution soll einer Timesmeldung zufolge vom Repräsentantenhaus bis zum Juni verschleppt werden, so daß sie wohl kaum vor dem 1. Juli zur Unterfertigung bereit sein dürfte.

Sowjetgewalt gegen Sowjetrecht

Die Bolschewistenherrschaft in Georgien.

Die bolschewistische Gewalt ist in Georgien, wie aus den in Tiflis erscheinenden russischen kommunistischen Regierungs- blättern ersichtlich ist, auf folgende Art organisiert:

Die Bolschewistenregierung Georgiens, die sich anfangs Revolutionäres Komitee („Revtom“) nannte und sich jetzt „Rat der Volkskommissare Georgiens“ nennt, wurde bereits am 21. Februar gebildet und besand sich im Gefolge der 11. Roten Armee, die von Moskau auf Georgien ge- worfen wurde. Die Bildung dieses „Kabinetts“ mit Aufzäh- lung der Namen seiner Mitglieder wurde durch Flugblätter der Bevölkerung bekanntgegeben. Von der konstituierenden Versammlung Georgiens wurde am 23. Februar in Tiflis dar- über eine Entschließung gefaßt, in der die Mitglieder des „Revtom“ einstimmig als Landesverräter und Feinde des georgischen Volkes erklärt wurden.

Nach der Niederlage der georgischen Truppen und der Befehle des Landes durch die russischen Roten Armeen er- klärten sich diese Herren als Träger der Staatsgewalt und schickten sich an, einen Regierungsapparat zu bilden.

Der erste Schritt war die Auflösung aller vom Bolke gewählten Institutionen: die Stadtverwal- tungen, die Semstvos, der Tifliser Arbeiterdelegiertenrat, die Gewerkschaften — kurz, alles, was durch freie Willensäuße- rung der Bevölkerung und der Arbeiterklasse in aufopferungs- voller langjähriger zäher Arbeit zustande gekommen war, wurde zertrümmert. Die Tifliser Stadtverwaltung mit dem Magistrat wurde durch ein von der Sowjetregierung ernanntes Städtisches Revolutionäres Komitee ersetzt; die Semstvos durch „Revolutionäre Kreiskomitees“; von diesen Revkoms wurden unzählige „Abteilungen“, „Unterabteilungen“, „Kommissionen“, „Sonderkommissionen“ u. dgl. gebildet. Die Zentral- gewalt liegt in den Händen des „Georgischen Revtom“, das der 11. russischen Armee untersteht; an der Spitze dieser Ar- mee steht General Geller (oder Heller), dem unmittelbar Trotsky seine Befehle erteilt. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Organisation von Außerordentlichen Kom- missionen gerichtet. An die Spitze dieser Kommissionen wurden Leute gestellt, die sich in ganz Rußland durch unmenliche Grausamkeit „berühmt“ gemacht haben. So z. B. steht an der Spitze der Außerordentlichen Kommission („Tscheswytchajka“) in Batum der frühere Dbeffauer Henker S a d s h a j a; Chef der zentralen Tscheswytchajka ist Bingadze, der Henker von Wladikawkas.

Das Räteystem ist verboten. Es gibt weder Arbeiter- noch Bauernräte, und diese dürfen nicht gewählt werden. Bei Neuwahlen von Gewerkschaftsvorständen wurden nämlich ausschließlich So- zialdemokraten gewählt, die Kommunisten erlitten bei allen Wahlen eine erbärmliche Niederlage. Die georgischen Arbeiter und Bauern wurden daher insgesamt für „politisch unzuverlässig“ erklärt, und der georgischen „Räteregierung“ blieb nichts anderes übrig, als das Räteystem abzu- schaffen.

Da die Bauern nach wie vor keine Lebensmittel abliefern, unternahm der Vorsitzende der „Regierung“ Macharadse (ein kommunistischer Wanderredner minderwertiger Qualität) eine Agitationstour über die ländlichen Bezirke. In den von den Roten Truppen stark besetzten Gebieten wurde er von den Bauern mit eifriger Käse empfangen. Aus naheliegenden Gründen hüteten sich aber die Zuhörer, gegen ihn das Wort zu ergreifen. In unbesetzten Gebieten traten die Bauern in offener Feindschaft gegen ihn auf. Aus Rache befehl Macha- radse, alle namhaften Sozialdemokraten des Landes sofort zu verhaften. Den Mitgliedern des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei gelang es noch rechtzeitig, vom Beschl. Kenntnis zu erhalten und sich zu retten; sie leben heute alle illegal. Verhaftet wurden in Tiflis, Kutais, Batum, Sukhum und Poti allein über tausend So- zialdemokraten. Sehr zuvorkommend werden von Herrn Macharadse die alten reaktionären russischen Offiziere behan- delt. Einem dieser Herren, mit sehr obfurer Vergangenheit, der während des Krieges nach der Türkei geflüchtet war und dort eine Kaukasische Legion gebildet hatte, die auf türkischer Seite mitkämpfte sollte, wurde ein Brigadierposten vorge- schlagen.

Die amtliche Sprache der georgischen Sowjetbehör- den ist die russische, mit Ausnahme des Kommissariats für Volksbildung, wo noch die georgische Sprache vorherrscht. Die Städte sind mit Militär überfüllt. In Tiflis reichten für die Besatzungstruppen die alten Kasernen nicht aus und es wurde daher für die Soldaten eine Reihe privater Häuser requiriert. Man zählt insgesamt im Lande über 100 000 russische Soldaten.

Im Lande ist alles militarisiert. Eisenbahn, Telegraph und Telephon dürfen von Privaten nicht benützt werden; nur in Ausnahmefällen wird Privaten die Benützung der Eisenbahn gestattet.

Auf Versammlungen und Meetings dürfen nur Mitglieder der kommunistischen Partei das Wort ergreifen. Von den politischen Parteien des Landes hat sich den Kommunisten nur eine winzige Gruppe der „Föderalisten“ (eine Art chauvinistischer Nationalsozialisten ohne jeglichen Anhang) angeschlossen; alle übrigen Strömungen verhalten sich schroff ablehnend.

In ihren Kundgebungen an das internationale Proletariat spricht die georgische Räteregierung im Namen der georgischen Arbeiter- und Bauernräte. Wie bereits erwähnt, existieren keine Räte in Georgien. Es herrscht dort eine gänzlich unverhüllte russische Militärdiktatur; alles geschieht auf direkten Befehl aus Moskau. Die Stimmung der Volksmassen ist äußerst deprimiert. Vieles erinnert an die Zustände von 1906, als die Strafexpeditionen des berühmten zarischen Henkergenerals Michanow sengend und mordend das Land durchzogen.

Und dieser naekte imperialistische Raubzug wird von den Pressebedienten der „Kofa“, des „Kown Mir“ usw. als „Sieg des Proletariats“ dargestellt!

Heuchlerische Entrüstung.

Der „Nationalverband deutscher Offiziere“, der „Verband nationalgesinnter Soldaten“ und der „Deutsche Offiziersbund“ haben an die deutsche Regierung ein Schreiben gerichtet, das heute morgen von der gesamten Rechtspresse mit Benutzung abgedruckt wird. Es wird darin der Protest der unterzeichneten Verbände ausgesprochen, daß die Regierung in ihrer Antimilitarität an die Interalliierte Militärkontrollkommission auf deren Rote vom 14. Mai d. J. von der Unterdrückung des Freikorpsunwesens gesprochen habe. Weiter heißt es:

Die jetzige deutsche Regierung ist aus denselben Parteien gebildet worden wie die seinerzeit aus der Nationalversammlung hervorgegangene Regierung. Diese Regierung war die Nachfolgerin der sozialistischen Volksbeauftragten. Beide hatten im Winter 1918 zur Bildung von Freiwilligenformationen ausgerufen. Diese Freikorps haben nicht nur bis in das Jahr 1920 hinein die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten (s. Kapp-Putsch, Die Red.), sie bildeten nicht nur den Stamm für die vorläufige Reichswehr und das jetzige Reichsheer, sie haben auch die Regierung geschützt und ganz allein sie waren es, die es der Regierung ermöglichten, ihre Macht auszuüben. Es muß daher auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden, daß eine deutsche Regierung jetzt und dazu noch in einer Rote an unsere Feinde von einem Freikorpsunwesen spricht.

Wenn man diesen Protest liest, so möchte man den unterzeichneten Offizieren und „nationalen“ Soldaten den Rat erteilen, sich lieber nicht mit politischen Dingen zu befassen. Bekanntlich ist die jetzige Regierung die Nachfolgerin des Fehrenbach-Simons-Kabinetts, das an seiner jedes inneren Haltes entbehrende Politik zugrunde ging. Es ist also zunächst eine geschichtliche Fälschung, die Regierung Birch-Bauer als Nachfolgerin der Regierung aus der Zeit der Nationalversammlung zu bezeichnen. Ferner übersteht das Protestschreiben gänzlich die völlig geänderten Verhältnisse, die in der ersten Zeit der Revolution im Vergleich zu heute herrschten. Die nationalen Verbände sind im Irrtum, wenn sie sich als Geister, die man rief, bezeichnen zu können glauben. Durch die Schaffung der Reichswehr ist eine verfassungsrechtlich militärische Formation gegründet worden, durch die alle übrigen Truppenorganisationen überflüssig gemacht wurden. Wenn die Regierung in ihrer Rote von einem Freikorpsunwesen spricht, so hat sie sich hierbei außerordentlich milde ausgedrückt; sie hätte in nahegelegener Erinnerung an die Baltikum- und sonstige Felder mit gleichem Recht auch von Freischärlern und Räuberbanden sprechen können.

Uebrigens noch eine Bemerkung: Die Erklärung ist nicht nur unterzeichnet von den beiden satfam bekannten nationalsozialistischen Verbänden, sondern auch vom Deutschen Offi-

Der erste Fall.

Von Hans Bauer.

Der Kaiser Hennen aus Barmen hätte das gewiß noch vor drei Jahren niemals für möglich gehalten, daß sein Name einmal nicht nur durch sämtliche Tageszeitungen Deutschlands, sondern auch durch alle belangreichen der ganzen Welt geht, daß englische Unterhausmitglieder und sogar ein leibhafter englischer Generalstaatsanwalt ihm Stunden, ja tagelang gegenüberstehen und daß er sich vor seinen ehemaligen Gefangenen einmal zu veranworten haben werde.

Daß es geschieht, ist höchstens deshalb ungerecht, weil bei uns und jenseits der Grenzen Schlimmere existieren, die nicht auch ein Kläger vor den Richter schießt, und höchstens deshalb unbillig, weil es erst des Druckes der Entente bedurfte, um wenigstens einige der Neben vor die Schranken zu stellen.

Der große Sitzungssaal des Reichsgerichts, in dem gegen die Kriegsbefehlshaber verhandelt wird, fällt durch zweierlei unangenehm auf: durch eine schlechte Akustik und durch zwei hohe Bilder. Aber wie die Zeugen nacheinander aufmarschieren und „eis Könige darstellen. Säckelirrend thronen diese wie Schutzgeister über den Eingangsportale. Die Tische der Ententewerter sind aufmerksamerweise so gestellt, daß die Herren aus London und Paris direkte Aussicht auf die Erzherzöge haben. Es ist schließlich nicht schlimm, daß trotz einer Revolution, die wir doch immerhin hatten, an einem so exponierten Orte ausgerechnet zwei Königsporträts den einzigen Bildschmuck darstellen und hoffentlich nicht symbolisch gemeint sind für den Geist, der hier herrschen soll. Unter dem wilmhelminischen System hätte man kaum durch das Bildnis Sebels die Verhandlungsfälle gekannt. . . .

Hennen ist kein Kriegsverbrecher im üblichen Sinne. Nicht einer, der mit dem Leben von Millionen leichtfertig spielte. Nur ein kleiner Schuft, der schlug und stieß und schimpfte. Er scheint nicht unintelligent zu sein. Er weiß die Sätze gut zu fügen und hat vor den Richtern Courage. Zuweilen aber, wenn ein englischer Zeuge abtritt, wirft er dem einen Blick nach — einen Blick, den wir kennen. So taten die Ausbildungsunteroffiziere mit den Augen die Rekruten danach ab, ob die Knöpfe spiegelblank waren. Als ein englischer Zeuge ausgesagt hatte, daß er von Hennen eines Morgens mit dem Befehl geschlagen worden sei, entgegnete der entrüstet, er habe den Zeugen nicht mit dem Befehl geschlagen, sondern ihn nur mit dem Befehl gewetzt. Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß ein Befehl kein geeignetes Medizininstrument sei. Hennen zuckte fragend die Achseln. Auf diesen Einwand schien er nicht gefaßt gewesen zu sein. . . . So ist Hennen.

Gewiß: eines weckenden Befehls und dieses und jenes wegen brauchte die Entente nicht das Augenmerk der Welt auf einen subalternen Beamten des alten deutschen Militarismus zu lenken.

ziersbund, dem der Reichswehrminister bisher eine Vorzugsstellung in der Reichswehr eingeräumt hat. Während verfassungstreue Verbände, die die Regierung unterstützen wollen, wie die Offiziersvereinigung der Republik und der Republikanische Führerbund in der Reichswehr verboten wurden, ist der Deutsche Offiziersbund als „gänzlich unpolitisch“ erlaubt worden. Herr Geßler erntet jetzt die Früchte dieser unterschiedlichen Behandlung, indem der Deutsche Offiziersbund die Regierung beschimpft. Natürlich zur Erhöhung und Festigung der Disziplin!

In bemerkenswertem Gegensatz zu diesem anmaßenden Schriftstück stehen Ausführungen, die in der „Deutschen Allgem. Ztg.“ von einer Seite gemacht werden, die das Blatt als „besonders beachtenswert“ bezeichnet. Hier heißt es:

Tausende von jungen Leuten sind nach Oberschlesien geströmt, um dort bedrohtes deutsches Land zu schützen. Niemand bezweifelt ihre gute Absicht, und man versteht ihre patriotischen Gefühle. Die wenigsten wissen aber, daß die Politik nur fühl- und nüchterne Köpfe verdrängt und daß das Problem Oberschlesien heute zu einer hochpolitischen, weit über die Grenzen Deutschlands hinausragenden Frage geworden ist.

Es kann gar nicht ernst genug gewarnt werden, hier die nüchternen Erwägungen der Politik durch Gefühle ersetzen zu lassen. Die Folgen können verhängnisvoll werden. Die deutsche Rechtslage ist in Oberschlesien für uns günstig. Daß das Recht auf unserer Seite steht, das weiß in aller Welt jeder, der sich das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit bewahrt hat, und alle Versuche der Franzosen, insbesondere des Herrn Briand, die Rechtslage zu verdunkeln und zu verwirren, müssen vergeblich bleiben.

Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß Polen und Frankreich auf den Vormarsch deutscher Freiwilliger nur warten. Die Frage, ob es klug sei, zu tun, was die Gegner wollen, wird in folgender Weise beantwortet:

Dreierlei spricht dagegen. Zum ersten: die außenpolitische Lage, in der wir zurzeit, wie erwähnt, eine unansehbare Rechtsstellung haben. Sie darf uns durch Kurzsichtigkeit und ausfallende Gefühle nicht wieder verloren gehen. Zum zweiten: die innenpolitische Lage. Der Geist der Freikorps verbirgt nach bisheriger Erfahrung nicht jenseits hohe Maß von Disziplin, das in der heillosen Lage erste Voraussetzung wäre. Bereits geschehene Übergriffe gefährden die deutsche Innenfront und verschärfen den häßlichen Kampf der politischen Parteien; dieser raubt uns wiederum unsere Geschlossenheit nach außen. Die Kommunisten suchen — zum dritten — die Unvorsichtigkeit und disziplinierter Freikorps, um die Arbeiter gegen diese aufzuheben; sie suchen in die Reihen der Freikorps selbst ihre Gewährleute hineinzubringen und durch provokatorische Handlungen die Erregung gegen die Freikorps zu steigern. Schon wurde Radel in Breslau gesehen, ein Beweis, daß die Kommunisten Vorgehen mitlernen!

Bis auf den dritten Punkt, der reichlich nach „Bolschewisten-schred“ aussieht, kann man diesen Ausführungen nur zustimmen, wobei besonders bemerkenswert der — wenn auch vorsichtig verfaßte — Hinweis auf die mangelnde Disziplin der Freikorps ist.

Der Artikel schließt mit der Warnung vor einem zweiten Baltikum-Abenteuer und mit dem Hinweis, daß es nicht unsere Aufgabe sein dürfe, zum Vorteile Frankreichs Fehler zu begehen, die uns letzten Endes zum Verhängnis werden müssen.

Verfahren gegen Sklarz eingestellt.

In der „Deutschen Zeitung“ finden wir an ziemlich verstreuter Stelle folgende Erklärung:

„In verschiedenen Nummern der „Deutschen Zeitung“ sind im Vertrauen auf sonst zuverlässige Gewährsleute Herrn Georg Sklarz verschiedene strafbare Handlungen vorgeworfen worden. In dem von Herrn Sklarz gegen unsern Redakteur angestrebten Privatklageverfahren hat der Herr Vorsitzende ein amtliches Schreiben des Generalstaatsanwalts des Landgerichts Berlin I mitgeteilt, aus dem sich ergibt, daß die diesbezüglichen gegen Herrn Georg Sklarz eingeleiteten Ermittlungsverfahren

ein guter schlen. Aber die Hennen: Die kniffen und drochen und korrek, präzis, sachlich, teils verworren und widerspruchsvoll breit von diesem Hiebe und jenem Stoß erzählt, überflüssig mich doch ein Gefühl der Genugtuung. Gerade weil die Schikanen des Hennen, verglichen mit den Grausamkeiten des Krieges überhaupt, so belanglos und nichtig sind, war es eigenartig, sie hier dargelegt zu sehen. Man denke: vor 4 bis 5 Jahren einmal schubste Hennen den Toming sounds eine Kellertreppe hinunter, dachte sich nicht viel dabei, hielt Robheit für Soldatenpflicht — heute muß er sich in Gegenwart von Vertretern aus aller Welt wegen dieses Schubes verantworten. Ob das nicht erzieherisch wirkt?

„Kriegsverbrecher“? Ach nein: bitte, ohne Gänsefüßchen: Kriegsverbrecher. Auch die Hennen. Nicht nur die großen Verwüster verdienen so genannt zu werden. Die in einem gewissen Sinne sogar noch weniger als diese kleinen Rohlinge. Die Großen, die Anordner, hatten wenigstens noch einen Wahn: sie glaubten durch Brunnenvergiftung, Baumausfällung, Hospitalsschiffversenkung, Bergwerksvergiftung in einem Sinne zu wirken, der ihnen ein guter schien. Aber die Hennen? Die kniffen und drochen und wackten mit dem Befehl aus reiner Brutalität. Die Gemeinheiten, die sie auf dem Exzerzierplatz lernten, mögen sie erst zur Ausübung eigener Gemeinheiten angsportet haben. Schön. Daß sie sich anspornen lassen, ist ihre Schuld.

Die Richter von Leipzig demütigen nicht ihr Vaterland, sie erheben es, wenn sie strenge Justiz nicht nur an den großen Verbrechern des Militarismus, sondern auch an deren gelehrigen Kreaturen üben.

In der Nürnberger Meisterfinger-Kirche. Der Nürnberger Stadtrat hat jetzt beschlossen, die alte, seit 1763 profanierte Katharinenkirche, die im Kriege als Getreidelager diente, mit einem Aufwand von über einer halben Million zu einem städtischen Konzert- und Vortragshaus umzubauen. Sie soll schon im kommenden Winter fertig sein. Eine Musikprobe ergab ein gutes Resultat, der Philharmonische Verein begann hier sein Programm mit dem Meisterfinger-Vorpiel — der erste Akt von Wagners Werk spielt ja in dieser Kirche. Denn hier haben die Meisterfinger ihre Singhufe gehalten, bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein tagten sie da, so wie es Wagner in jenem Akt auf Grund der Erzählung des Kunsthistorikers August Hagen dargestellt hat. Hagens einst weitverbreitete „Morita“, Nürnbergerische Novellen aus alter Zeit, 1829 zuerst erschienen (jetzt bei Reclam), sind heute fast vergessen, aber für Freunde kulturgeschichtlicher Schriftstellerei immer noch eine hübsche Lektüre. In einem Hauptpunkt allerdings irrt Hagen, wenn er seine Meisterfinger in der Katharinenkirche vor Kaiser Maximilian ihre Singhufe abhalten läßt. Die „Reichshaber des Meistergerlanges“ tagten zur Zeit des Hans Sachs nicht in der Katharinen-, sondern in der kleineren Martha-Kirche, die der heute Nürnberg vom Hauptbahnhof her Betretende hinter dem Tor gleich zur Linken hand liegen sieht. Erst 1820 schlugen die Meisterfinger in der Katharinenkirche ihren Sitz auf.

eingestellt worden sind. Mit Rücksicht hierauf sollen die Behauptungen gegen Herrn Georg Sklarz nicht mehr aufrecht erhalten werden.“

Hieraus ergibt sich, daß das Verfahren gegen Sklarz, durch das zum mindesten die Sozialdemokratie, wenn nicht die ganze Republik zusammenbrechen sollte, lang- und kluglos eingestellt ist. Dabei war dieses Verfahren von einem Staatsanwalt geführt worden, dem auch sein größter Feind keine Sympathien für die Republik oder für Herrn Sklarz nachsagen kann. Sklarz hat sich mehrfach über den Staatsanwalt G u t j a h r beschwert, und im preußischen Landtag ist von sozialdemokratischer Seite gegen Herrn G u t j a h r der Verdacht ausgesprochen, daß er den Abschluß der Untersuchung, die nichts positiv Belastendes ergeben habe, nur deswegen so lange hinauszögere, damit die reaktionären Parteien noch recht lange mit dem „Fall Sklarz“ treiben könnten. Ob das zutrifft, wissen wir nicht, aber jedenfalls wissen wir, daß Herr Staatsanwalt G u t j a h r gegen den Verdacht gefaßt ist, das Verfahren etwa zugunsten Sklarz geführt zu haben.

Trotzdem hat er es einstellen müssen. Und damit hat der Riesenrummel sein charakteristisches Ende erreicht. Schon im Sonnenschein-Prozess wurde festgestellt, daß die Kronzeugen der Reaktion eine Bande von Dieben und Betrügnern war, die hinter der Gaswolke des Korruptionsgeschreies Millionenunterschleife in Sicherheit bringen wollten.

Nun bricht die letzte Stütze zusammen. Die „Deutsche Zeitung“ nimmt die und wehmütig alle Anschuldigungen zurück. Ebenso klein und unauffällig, wie sie vorher riesengroß mit fetten Ueberschriften verurteilt hat. Die übrige Rechtspresse wird es akkurat machen, falls sie überhaupt die Einstellung des Verfahrens meldet. Und wenn man darüber selbst drei Zeilen bringen muß, was tut? Achzehn Monate oder darüber hat der Fall Sklarz als Vorspann eines unerhörten Verleumdungs-feldzuges gegen die Sozialdemokratie seinen Zweck erfüllt. Die drei Zeilen Wahrheit werden nicht den Eindruck auslösen, den 30 000 Verleumdungszeilen in die Herzen der Leser geprägt haben. Es war ein lieber Schwindel, ein braver Schwindel, ein Schwindel, der anderthalb Jahre nicht nur seinen Mann, sondern die Gesamtheit der „Patrioten“ ernährt hat. Jetzt ist er endlich gestorben. Aber man wird sich einen neuen ausdenken, und wenn der nur halb so lange reicht, wie der Fall Sklarz, dann ist das geistige Waffenarsenal der Nationalen gefüllt. Und fängt der neue Schwindel an zu sinken, läßt man Herrn Helfferich mal wieder vom „Blauen Schild“ der Nationalen reden.

Angehaltene Ortschaftstransporte.

Vom Hauptbetriebsrat der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden erhalten wir neue Nachrichten, aus denen hervorgeht, daß die Durchfahrt von Ortschaften durch Dresden jetzt ziemlich regelmäßig vereilt wird. Am Montag nachmittag sollte ein von der Dresdener Werbezentrale zusammengefügter Transport abgehen. (Transportführer v. Arnsdorf.) Er wurde aber durch die Polizei aufgefaßt. Es stellte sich heraus, daß die Leute unter lägenhaften Versprechungen angeworben waren und nach Aufklärung froh waren, wieder nach Hause gehen zu können.

Am Dienstag früh kam mit dem Zug D. 101 München-Breslau wieder ein Transport von etwa 60 Mann aus München an. Die Reise ging auf Blaufaschinen vor sich, in den D-Zugwagen (nicht im Packwagen) wurden auffällige Kisten mitgeführt. Der Transport wurde angehalten. Der Transportführer drohte anfangs, die Weiterfahrt mit Gewalt zu erzwingen, nahm aber davon Abstand, als ihm erklärt wurde, daß der Gewalt abdann Gewalt entgegengesetzt würde. Trotzdem führen etwa 10 Mann, die sich Einzelschickarten bis Breslau lösten, weiter. Bekanntlich hat die tschechische Regierung einen Erlaß herausgegeben, daß geschlossene Formationen nicht zu transportieren sind. Dies wird von einzelnen Leuten der Formation durchgeführt, indem sie sich ab Dresden Einzelschickarten lösen.

Malglöckchenkulturen. Das Malglöckchen ist im Lauf der letzten drei Jahrzehnte zu einer so begehrten Handelsware geworden, daß sich die Gärtnerei mit seiner Züchtung befaßt. So haben sich in gewissen Städten Malglöckchenkulturen größten Umfangs entwickelt, sogenannten Malglöckchentreibereien. Es besteht eine Vereinigung deutscher Malglöckchenzüchter; auch ein Verein deutscher Malglöckchenexporteure wurde gegründet, gingen doch deutsche Malglöckchenkeime vor dem Kriege in großen Mengen nach England, Rußland, nach den Vereinigten Staaten usw. So bildet die Malglöckchentreiberei einen Haupterwerbszweig der märkischen Stadt Drossen; bis 1914 gingen jährlich für über 300 000 M. Malglöckchenkeime ins Ausland. Der wöchentliche Versand von Malglöckchenkeimen, der stets im Herbst erfolgt, belief sich in Drossen 1913 auf rund 100 000 M. In den Niederlanden bei Hamburg wurde die Malglöckchentreiberei anfangs der 60er Jahre zunächst in bescheidenem Umfang ausgenommen. Sie erwiderte sich als so rentabel, daß sie sogar den altberühmten Niederländer Gemüsebau zurückdrängte und die Niederländer Gemüsezüchter nach Hamburg bedeutend zurückdrängte. Auch in Wittenberg werden Malglöckchenkeime in großem Umfang, vorzugsweise in der Schloßvorstadt, kultiviert. Jeden Herbst gehen Malglöckchenkeime in ungeheuren Massen in die Ferne. Die Wittenberger Stadtväter sind soeben auf den rentablen Einfall gekommen, diesen „duftenden“ Erwerbszweig zu besteuern und auf je 1000 Keime eine kommunale Abgabe zu erheben. Große Malglöckchentreibereien befinden sich ferner in der alten Markgrafenstadt Schwedt a. d. Oder, die auch Spargel und Tabak in großem Umfang baut, ferner in Brandenburg a. d. Havel. Berlin ist Hauptabnehmer dieser Kulturen.

Spielplanänderung. Die im Neuen Volkstheater für Freitag angelegte Erstaufführung „Die St. Nikolajfahrt“ ist auf Dienstag, 31. Mai, verschoben.

Ueber das Wesen des „Gyrfalken“ bricht Genosse Dr. Schirowski Donnerstag 7 Uhr in der Arbeiterkunstausstellung Petersburger Straße 39.

Die Zistermark. Hofeggers Heimat, ein Gebiet, überreich an Naturschönheiten, wird in der Uraenia am Sonnabend zum erstenmal vorgeführt. Der Vortragende, Wilhelm Marx, wird über 100 an Ort und Stelle aufgenommener Lichtbilder zeigen.

Eine Festschrift der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist anlässlich ihres 10jährigen Bestehens von ihren Mitgliedern herausgegeben worden (Berlag Julius Springer). Sie enthält melenlich naturwissenschaftliche Beiträge (darunter von Adberhalben, Correns, Einsteine, Franz Köcher, Haber, Rubner). Die Gesellschaftswissenschaftler sind vertreten durch Beiträge von Baillet und Granier über König Wilhelm I. und den Brandfurter Rüsttag sowie Wilhelm I. in Gm und vor Sedan, die seine Ziele und Aufzeichnungen demuten.

Kloster Eberbach in Gefahr. Eine für die alte deutsche Kunst betrübliche Nachricht kommt aus dem Rheingau. Eines der schönsten mittelalterlichen Klöster, die ehemalige Abteikirche Kloster Eberbach soll in ihrem Bestand durch die Abnahme der Bevölkerung in Gefahr sein. Der preussische Konservator der Kunstdenkmäler hat bereits Schritte unternommen, um eine Schließung zu verhindern.

Direktor Gustav Amberg, ein bekannter amerikanischer Bühnenleiter der Schubert-Company, ist am Sonntag gestorben.

Die sozialistischen Parteien Sachsens erlassen in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung des Eisenbahnerverbandes und den Hauptbetriebsräten der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden einen Aufruf, die Eisenbahnbetriebsräte auf das kassierfähigste zu untersuchen, wenn diese verschleierte Orgeschäftstransporte ausbeden. Es dürfen keine Vorbereitungen gebildet werden, die zu einem neuen Balkumabenteuer und Kapp-Putsch führen müssen.

Gegen den Verfolgungswahn.

Paris, 25. Mai. (B.Z.) Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten findet im allgemeinen Zustimmung. „Matin“ sagt, Briand habe sich über die äußere Politik im ganzen ausgesprochen, vor allem aber über die Londoner Konferenz, von der er glaube, daß sie solide Ergebnisse gezeitigt habe. Er habe aber auch die Politik auseinandergesetzt, die er verfolgen werde, solange er an der Spitze der Regierung stehe, eine Politik der Festigkeit, aber auch eine Politik der Einigkeit mit den Alliierten. Briand habe laut und vernehmbar gesprochen und seine Sprache sei nicht nur für die Kammer bestimmt gewesen, er habe auf die Worte hingewiesen, die von einer anderen Tribüne her gesprochen worden seien und die gewisse Richtigstellungen verlangten, er habe sie gebracht.

„Echo de Paris“ schreibt, so vollständig auch die Erklärungen Briands gewesen seien, so hätten sie doch nicht das Ergebnis, die Abstimmung zu beschleunigen. Es wären vielleicht noch zwei Sitzungen nötig, um mit der Debatte zu Ende zu kommen.

Das „Journal“ nennt die gestrige Sitzung eine erregende Sitzung angesichts einer misstrauischen, wenn nicht findstigen Mehrheit. Briand habe den Abgeordneten auseinandergesetzt, aus welchen höheren Gründen das Ruhrgebiet nicht besetzt werden sei. Das sei eine schwierige Aufgabe gewesen. Nicht durch Redekünste habe der Ministerpräsident die Versammlung überzeugen können. Er habe sich an die Vernunft der Abgeordneten gewandt und sie durch eine solide Beweisführung dahin geführt, woher er sie habe führen wollen: ihm zuzustimmen.

„Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, Briand habe gestern in seiner zweistündigen Rede nichts im Schatten gelassen, weder was das ober-schlesische Problem anbetrifft, noch die bedeutenden Fragen, die durch das Abkommen von London und die Entscheidungen der Reparationskommission gestellt waren. Er habe den Wortlaut der Entscheidungen mitgeteilt, die in London getroffen worden seien, um dem Frieden von Versailles seine Wirksamkeit zu geben und um Frankreich die Zahlung seiner Schuld sicherzustellen. Er habe ferner die vollständige Unabhängigkeit der souveränen Entscheidungen der Reparationskommission proklamiert und er habe endlich die Kammer vor die Frage gestellt, zu wählen zwischen der Politik des Bruches und der Politik der Einheit mit den Alliierten. Der letzteren bleibe es ergebnislos, denn nur durch sie sei der Friedensvertrag von Versailles etwas wert.

Leon Blum erklärt im „Populaire“, Briand habe sich entschlossen gegen die reaktionären Untertreibungen und gegen Poincaristische Angriffe gewandt. Offensichtlich habe er verstanden, daß er das erste Opfer der Torheiten werden würde, zu deren Entfestigung er viel beigetragen habe. Briand habe die Ereignisse in Oberschlesien auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt. Er habe den guten Willen und den guten Glauben des deutschen Ministeriums verkündet, er habe seinen Entschluß dahin formuliert, daß er nicht nur auf den Geisteszustand der Verbündeten Frankreichs, sondern auch auf die Meinung der Welt Rücksicht nehmen werde, von der er erklärt habe, daß sie gut sein soll für Frankreich. Endlich aber auch habe er die Leute verleugnet, die um jeden Preis militärische Okkupation verlangten.

Im „Gaulois“ erklärt Capus, es blieben Frankreich noch andere Mittel als das der Gewalt oder der Verzweiflung. Man könne nicht eine Politik auf Verfolgungswahn aufbauen.

Befriedigung in England.

London, 25. Mai. (B.Z.) Die Rede Briands in der Kammer findet in der englischen Presse Zustimmung.

„Daily News“ schreibt, die Rede bedeute nicht nur eine Entscheidung zur Besserung mit Bezug auf das ober-schlesische Problem und so gut wie die Verzichtsleistung auf die Besetzung, sondern auch einen Schritt vorwärts zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Briand den Mut habe, fest auf seiner neuen Stellungnahme zu verharren, dann würde er etwas getan haben, was ihn sofort zu einem erfolgreichen Politiker und zu einem Staatsmann erhebe.

„Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß Briand gestern einer unruhigen und argwöhnischen Kammer gegenüberstand und daß es seine ganze Kunst und Geschicklichkeit erforderte, um mit der Frage fertigzuwerden. Die Erklärung Briands, daß er sich — was die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedensvertrages bei der Regelung der ober-schlesischen Frage betrifft — in voller Übereinstimmung mit Lloyd George befindet, wird „Daily Telegraph“ zufolge mit tiefer Befriedigung aufgenommen. Das Blatt schreibt, es sei klar, daß Oberschlesien geteilt werden müsse, und es sei absurd, anzunehmen, daß Verwirrung entstehen müsse, weil eine gerechte Teilung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und ethnographischen Bedingungen nicht erfolgen könne. Während der letzten zwei Jahre seien schwierigere und heftigere Probleme gelöst worden.

„Times“ sagt, die Rede Briands habe dem französischen Premierminister eine Mehrheit in der Kammer gesichert. Zu der Erklärung Briands, daß die Aufrechterhaltung der Union zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage seiner Politik sei, schreibt „Times“, zu dieser Politik werde das englische Volk ebenso treu stehen. Das einzige, was sein festes Vertrauen darin stören könne, werde sein, wenn eins der beiden Länder von dieser Politik absehe in Verfolgung von Zielen und Bestrebungen, die die Vernunft und das moralische Urteil verdammen.

„Daily Chronicle“ schreibt, Briand scheine seine gewohnte Geschicklichkeit bewiesen zu haben. Das Blatt hofft, daß Briand in seinem Widerstand gegen die Mitglieder des Parlaments, die ihn zu einer Besetzung des Ruhrgebiets bewegen wollen, weiterhin fest bleiben werde. Keine Entzweiung könne eine neue Besetzung des Ruhrgebietes übernehmen.

Neue Rede Harding.

London, 25. Mai. (B.Z.) „Times“ meldet aus New York, daß Präsident Harding in einer Rede unter Bezugnahme auf die während eines Jahrhunderts unternommenen vergeblichen Versuche der Vereinigten Staaten, Vermittlungen in der Welt zu meiden, erklärte: Wir waren niemals in der Lage und werden niemals in der Lage sein, eine Isolation aufrechtzuerhalten.

Krafft in Berlin. Wie die P.P.R. hören, ist Krafft in Berlin eingetroffen.

Groß-Berlin

Kinderfahrten aufs Land.

Heute vormittag herrschte auf dem Stettiner Fernbahnhof ein besonders reges Leben: Der erste Sonderzug mit erholungsbedürftigen Großstadtkindern im Alter von 8 bis 11 Jahren, die, von ihren Angehörigen fürsorglich begleitet, sich zahlreich eingefunden hatten, ging um 9.34 Uhr nach Greifenberg ab. Von dort aus werden sie dann um 8 1/2 Uhr abends nach dem Ostseebade Riewahl weiterfahren, wo sie in den von der Stadt Berlin unterhaltenen Pensionen 6 Wochen verpflegt werden sollen. Erwartungsvolle Freude auf allen Gesichtern, viel Aufregung und gute Ratschläge, und als der Zug sich in Bewegung setzte, Abschiedsworte, Tücherschwenken und Winken, bis er verschwunden war.

Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“, der 1917 gegründet wurde, host in diesem Jahre 120 000 Kinder aus deutschen Städten trotz der schwierigen Verhältnisse auf das Land hinaus senden zu können. Aus Berlin werden etwa 30 000 in Ostpreußen, Pommern und Thüringen untergebracht werden. Der Verein, der die gesamte und sehr umfangreiche Verwaltungsarbeit leistet und dessen Sitz Berlin ist, hat im ganzen Lande Provinzial- und Kreisstellen eingerichtet, die ihn bei seiner Arbeit unterstützen. In jedem Jahr fahren seine Vertrauensleute hinaus, um die Unterkunftsstätten sicherzustellen, was durchaus nicht einfach ist und wobei häufig genug die persönlichen Beziehungen den Ausschlag geben. Diese Vertrauensleute sind die späteren Transportführer und haben die Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder zu übernehmen. Die Eltern zahlen für jedes Kind die geringe Summe von 1 bis 2 M. pro Tag, die natürlich nicht ausreicht, um die Kosten zu decken. So beträgt der Pensionspreis in Riewahl für die ganze Aufenthaltsdauer 520 M. einschließlich Aufwandskosten, Fahrgeht, Kur- und Badetage. Es muß übrigens als geradezu unerhört bezeichnet werden, daß die Kurorte in diesen Fällen nicht auf die Kur- und Badetage verzichten.

Die beschafften Stellen reichen selber bei weitem nicht aus, und viele Kinder, welche für den Landaufenthalt vorgemerkt waren, müssen zum Leidwesen ihrer Eltern schweren Herzens daheim bleiben.

Zum Raubmord an dem Landwirt Gröschke.

Wieder ein „Gutsverfäuser“ verhaftet.

Der Raubmord, der an dem Landwirt Gröschke im Walde bei Jossen verübt wurde, ist trotz der ausgefetzten Belohnung von 2000 M. noch nicht aufgeklärt. Es ist nun aber der Kriminalpolizei gelungen, einen andern „Gutsverfäuser“ festzunehmen, der mit dem Mörder des Gröschke, der sich Max Lehmann oder Hans Berg nannte, nicht identisch ist, aber mit diesem in Verbindung gestanden hat. Es handelt sich um den Schankwirt Billi Martens, aus der Brannsbürger Straße 21, der gestern verhaftet wurde.

Martens erlief am 16. Februar in der „Morgenpost“ ein Inserat, in dem er sein bei Freienwalde a. d. D. liegendes Grundstück zu dem Preise von 25 000 M. bei einer Anzahlung von 15 000 M. zum Kaufe anbot. Ein Schankwirt aus der Rittergutsstraße in Lichtenberg meldete sich auf diese Anzeige und erhielt nach drei Tagen den Besuch eines Mannes, der sich Billi Winter nannte und behauptete, Besitzer des in Freienwalde zum Verkauf stehenden Anwesens zu sein. Der Wirt war bereit, die Besichtigung zu kaufen und zahlte sofort 5000 M. an, nachdem er den Vorschlag, mit dem „Verfäuser“ gemeinschaftlich nach Freienwalde zu fahren, um das Gut zu besichtigen und 15 000 M. mitzubringen, abgelehnt hatte, weil er infolge einer Erkrankung nicht reisefähig war. Nach einigen Tagen stellte sich heraus, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. Er nahm jedoch von einer Anzahlung abstand. Als er am 2. Pfingstfeiertage in der Pagenhofer Brauerei in der Lonsberger Allee Bier holen wollte, traf er dort einen Mann, in dem er den angeblichen Gutsverfäuser wiedererkannte. Er sagte ihm auf den Kopf zu, daß er der Mörder des Landwirts Gröschke sei, der auf die gleiche Weise herausgelockt und dann ermordet und beraubt worden war. „Winter“ bestritt das zwar entschieden, konnte jedoch nicht leugnen, daß er den Wirt um 5000 M. geprellt hatte. Er zahlte zunächst 3000 M. zurück und wurde dann von der Kriminalpolizei festgenommen und der Frau des ermordeten Gröschke gegenübergestellt, die jedoch erklärte, daß er mit dem Mörder ihres Mannes nicht identisch sei.

Es ist dringend erwünscht, daß Personen, die hierzu Angaben machen können, sich umgehend im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Der verhaftete Billi Martens gibt an, daß er mit der Ermordung Gröschkes nichts zu tun habe und auch den angeblichen Max Lehmann nicht kenne. Er will den Betrug auf eigene Faust verübt haben, und zwar, nachdem er selbst von einem anderen um 1000 M. geprellt worden sei. Wer aber dieser andere ist, will er nicht wissen. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß Martens, wenn er, wie er dem Schankwirt zeigte, einen ganzen Rudel voll Bewerbungen um das angezeigte Besitztum erhalten hat, auch mit anderen als dem Schankwirt aus Lichtenberg in Verbindung getreten ist. Auch diese Personen wollen sich umgehend melden.

Zahlungsfähige Wohnungssucher.

Wesentliche Angebote der Vermietung oder des Tausches von Wohnungen oder sonstigen der behördlichen Bewirtschaftung unterliegenden Räumen sind seit dem 15. Mai dieses Jahres, dem Tage des Inkrafttretens der für die neue Stadtgemeinde Berlin geltenden Magistratsverordnung zum Schutze der Mieter und über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel nur noch mit Erlaubnis des Wohnungsamtes möglich. Wohlgerne: derartige Angebote, d. h. Inserate, öffentliche Bekanntmachungen und sonstige für einen größeren Personenkreis bestimmte Mitteilungen, sind nicht überhaupt verboten, aber sie bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung. Das gilt auch für möblierte Wohnungen oder Einzelräume, und gerade hier ist die Kontrolle der Angebote besonders nötig, weil in dieser Zeit des Wohnungsmangels hinter so manchem Inserat über Vermietung möblierter Räume sich ein sehr viel weniger ehrliches Geschäft verbirgt. Künftig kann also kein Wohnungssucher mehr ohne weiteres annonciieren, daß er eine möblierte Wohnung vermieten will, in die sich dann gegen Zahlung eines wohnsinnig hohen Preises ein hinreichend zahlungsfähiger Mieter hineinstecken soll. Es ist aber nur für öffentliche Wohnungsangebote die Erlaubnis des Wohnungsamtes erforderlich, nicht auch für öffentliche Wohnungsangebote. Der schwebende Wohnungvermieter kann nicht mehr uneingeschränkt die zahlungsfähigen Wohnungssucher durch Inserat anlocken, aber diese können durch Inserat mit ihm in Verbindung kommen. Wir halten für nötig, daß die Wohnungsämter auch auf inserierende Wohnungssucher achten und Gesuche ungenügender Art genauer befehen. Wahrscheinlich wird man in der nächsten Zeit sehr viel öfter als bisher in den Inseratenpaalen gewisser Zeitungen allerlei interessante Wohnungsangebote lesen, ähnlich dem folgenden, das am 22. Mai in „Berl. Lokal-Anzeiger“ stand: „Elegant möblierte 4-5-Zimmerwohnung sucht auf längere Zeit vornehmendes kinderloses Ehepaar, erste Referenzen, event. Kautionsstellung, per sofort oder später. Offerten usw.“ Sechs Zimmer für ein kinderloses Ehepaar — ist das nicht ein bißchen reichlich? Ein Partiegeld, der uns auf dieses Inserat aufmerksam macht, knüpft daran die Vermutung, daß es vielleicht nur als List zur Ermittlung noch ver-

fügbarer Wohnungen dienen soll und — vom Wohnungsamt aufgegeben sei. Der Schalk!

Mit der Zusammenlegung von Straßenbahnlinien soll nunmehr begonnen werden. Anfang Juni soll die Linie E, die von Steglitz, Schloßstraße, bis zur Finkstraße führt, mit der Linie 24, die jetzt die Gröschkenstraße mit der Osener Straße im Norden verbindet, verschmolzen werden, wodurch eine direkte Verbindung zwischen Steglitz-Potsdamer Platz-Rudow-Beding-Rudowstraße geschaffen wird. Als zweite Linie wird die Linie K, die jetzt von Lichterfelde-West bis Potsdamer Platz geführt wird, mit der Linie 40 zusammengelegt. Hierdurch würde eine direkte Verbindung zwischen Lichterfelde-West über Potsdamer Platz-Häcker Markt und Schweinmünder Straße geschaffen werden. Durch die Zusammenlegung dieser Linien hofft die Straßenbahn an Material und Personal Ersparnisse zu erzielen.

In „Moabit“ soll verhungert. Zu der unter dieser Spitzmarke erschienenen Meldung sendet uns der leitende Arzt des Lazarets des Moabiter Untersuchungsgefängnisses Dr. Leopold Bürger folgende Zeilen:

„Der des schweren Raubes angeklagte Fabrikant Rudolf Wendland lag zunächst im Zellengefängnis auf der Irrenabteilung, Lehrter Straße, und simulierte dort ein Rückenmarksleiden. Auf der Irrenabteilung des Krankenhauses des Untersuchungsgefängnisses, wohin er später verlegt wurde, verweigerte er mit drei Mitgefangenen desselben Krankensaales, die er zum Hungerstreik verleitet hatte, vom ersten Tage seiner Aufnahme ab jede Unternehmung und jede Nahrungsaufnahme, um seine Entlassung aus der Untersuchungshaft zu erzwingen. Er mußte deshalb eine zeitlang hindurch mit der Schlundsonde und Klisterern ernährt werden. Hierbei sowohl wie bei den notwendigen Ganzmassagen bedrohte er das Pflegepersonal. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Puppe, war dies alles genau bekannt, er wußte, daß Wendland täglich außer der gewöhnlichen Kost 1 Liter Milch, Reis, Kakao, Kartoffelpüree, Alkohol als Zulage bekam; er hat also keine Angaben über nicht sachgemäße Ernährung und Verpflegung wider besseres Wissen gemacht. Es ist unverständlich, wie das Gericht und der Staatsanwalt diese Unwahrheiten vorbringen lassen konnten und Wendland aus der Untersuchungshaft entlassen konnten ohne den leitenden Arzt des Krankenhauses zu hören.“

Gegen den 8-Uhr-Häuserstich wendet sich eine Zuschrift, die darauf hinweist, daß jetzt bei dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit mit ihren langen Tagen und schönen Abenden der begehrte Wunsch nach längerem Offenbleiben der Häuser sich regt. Wir können dem nur beistimmen und wünschen, daß dieses berechtigete Verlangen baldigst erfüllt wird. Viele Häuser werden ja in den Sommermonaten ohnehin weit über 8 Uhr hinaus offen gehalten, aber nötig wäre, daß den Hauswirten eine diesbezügliche Verpflichtung auferlegt würde. Freilich dürfen wir nicht die Schwierigkeit verkennen, die darin liegt, daß sie dann auch verpflichtet wären, bis zum behördlich festgesetzten Zeitpunkt des Häuserstichs die Treppen zu beleuchten. Die Erfüllung des Wunsches nach längerem Offenbleiben der Häuser hängt nicht nur von dem guten Willen der Hauswirte oder von der Einsicht einer anordnenden Polizei ab, sondern vor allem von den Stellen, die über den Verbrauch von Kohle, Gas und Elektrizität entscheiden.

Verkehrsstörungen auf der Untergrund- und Vorortbahn. Am heutigen Mittwochs vormittag entstand infolge Kurzschlusses auf der Strecke Zoologischer Garten—Potsdamerplatz der Untergrundbahn eine Verkehrsstörung, die nach einer halben Stunde wieder behoben war. Auf der Vorortstrecke Berlin—Groß-Lichterfelde-Platz—Jossen erlitt ebenfalls am Vormittag die Lokomotive eines der elektrisch betriebenen Züge Defekte, wodurch eine größere Verkehrsstörung entstand. Erst nach einer Stunde gelang es, den regelmäßigen Verkehr zwischen Berlin—Jossen wieder aufzunehmen.

Die teuren Kirichen. Wenn es gilt, hohe Preise zu nehmen, sind auch die Werderschen Obstzüchter nicht verlegen. Nachdem gestern eine ardentische Generalversammlung der Werderschen Obstzüchtereigenenschaft stattgefunden hat, in der die Festsetzung der Obstpreise, die Bestimmungen über die erste Fahrt der Obstdampfer nach Berlin beraten worden ist, entsandten die Werderschen Obstzüchter ihre ersten Kirichen nach Potsdam bzw. Berlin. Das P und wird mit 8 M. gnädig an die Bevölkerung abgepflegt. Nach den hohen Preisen befragt, antworteten die Händler prompt, das zu lange Wähen der Bäume habe eine solche Ernte hervorgerufen. Ob die Obstblüte länger gedauert hat als sonst, darüber müßten die Berliner eigentlich am besten Auskunft geben können.

Die 10. Hauptversammlung des Vereins gegen das Bestechungswesen findet am 25. Mai nachmittags 3 Uhr in der Handelskammer Berlin statt. Neben aktuellen Fragen über die Korruption werden die Bestimmungen über die Beamtenbestechung im Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs erörtert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

10. Abteilung. Heute 7 1/2 Uhr abends: Ortsabteilungssammlung, Kottbuser Straße, Kottbuser Baum 9. Vortrag: Die politische Lage. Referent: Genosse Giering.

Sport.

Demonstration der Arbeiter-Sportler Groß-Berlins. Vorfeser im Lustgarten.

Am Sonnabend, den 28. Mai, wird der für das gesamte Reich auf Sonntag, den 29. Mai, festgesetzte Reichs-Arbeiter-Sporttag in Groß-Berlin mit einer Kundendemonstration der hiesigen Arbeiter-Sportler im Lustgarten eingeleitet. Alle Mitglieder folgender, dem Kottbuser Arbeiterverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege ange-schlossenen Organisationen, wie Arbeiter-Turn- und Sport-Bund, Fußballer, Reich- und Schwerathleten, Arbeiter-Radfahrer „Solidarität“, Arbeiter-Wassersport-Verband, Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Arbeiter-Schachspieler, Verband Volksgesundheit, Arbeiter-Samariter-Bund, Bund der Arbeiter-Musikvereine (Bläser, Mandolinisten, Tamboure) und Arbeiter-Theater-Bund werden sich an dieser Demonstration beteiligen.

Treffzeit auf sämtlichen Sammelstellen nachmittags 5 Uhr. 1. Friedrichshain (am Märchenbrunnen). 2. Humboldthain (Gustav-Neier-Allee). 3. Kleiner Tiergarten (Stromstraße). 4. Askani-scher Platz (Möckernstraße). 4b. Belle-Alliance-Platz. (Die Züge 4a und 4b vereinigen sich an der Jerusalem Kirche). 5a. Hermannsplatz. 5b. Gdrlicher Bahnhof. (Die Züge 5a und 5b vereinigen sich am Michaelskirchplatz, Engelbecken). 6. Bahnhof Frankfurter Allee. Die Abteilungen der Groß-Berliner Vereine sammeln sich an demjenigen Platz, der ihrem Leistungslokal am nächsten liegt. Die Ortskarte der Groß-Berliner Vororte begeben sich zweckmäßig geschlossen zu dem für sie am besten erreichbaren Sammelplatz. Es ist selbstverständlich, daß Genossen und Genossinnen in Sportkleidung erscheinen. Die Arbeiter-Musikvereine, insbesondere die Mandolinisten, setzen sich sofort mit ihren Gruppenleitungen in Verbindung zwecks Einteilung in die einzelnen Züge.

Der Aufmarsch dieser Organisationen soll den Gewerkschaften und Arbeiterparteien zeigen, daß hier keine Vereinspielerei vorliegt, sondern daß diese Arbeiter-Sport- und Gesellschafts-Organisationen als gleichberechtigte Faktoren in bezug auf Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen in der Arbeiterbewegung anzusehen sind. Die Demonstration soll unseren noch in bürgerlichen oder so genannten „neutralen“ Vereinen befindlichen Arbeitgebern eine Mahnung sein, sich auch in Sport- und Gesellschaftsorganisationen ihren Klassenangehörigen anzuschließen. Sie soll ferner ein Aufruf sein an alle Arbeiterkinder, ihre Kinder dem Turnen und Sport in Arbeitervereinen zuzuführen, damit sie durch die Selbstübungen geträgt in den Kampf ums Dasein eintreten können.

